

Das Problem von Krieg und Frieden vor dem Irak-Krieg

Jochen Hippler

im Auftrag von Greenpeace

Inhalt:

Vorwort	3
Das Problem von Krieg und Frieden vor dem Irak-Krieg	4
Politische Gewalt und Krieg als Grundproblem	5
Terrorismus und Afghanistan	8
Zentralasien und Afghanistan	10
Der Persisch-Arabische Golf	13
Irak-Politik	17
Quellen der Gewalt und Konfliktprävention	23
UNO und internationales System	26
Die Gründe gegen einen Irak-Krieg	28
Fazit	31

Impressum:

Greenpeace e.V. , 22745 Hamburg, Tel: 040/30618-0, Fax: 040/30618-100
Email: mail@greenpeace.de; Internet: www.greenpeace.de;
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lohbeck
Stand: 01/2003

Vorwort

„Kein Krieg gegen den Irak“, so die klare und unmissverständliche Botschaft von Greenpeace zu den aktuellen Ereignissen. Die unterschiedlichen politischen Positionen zum drohenden Irak-Krieg lassen sich nur bewerten und einordnen, wenn ausreichend Hintergrundinformationen zur Verfügung stehen. Greenpeace möchte mit dem vorliegenden Diskussionspapier einen Beitrag dazu leisten. Es bietet Hintergrundinformation etwa darüber, wie der „Kampf gegen den Terror“ nach dem 11. September instrumentalisiert wurde, mit welchen Argumenten gegenwärtige Kriege legitimiert werden sollen und welches die Ursachen von Terrorismus und anderer Gewalt sind.

Die Diskussion über die derzeit alles beherrschende Frage „Ist ein Krieg gegen den Irak abwendbar“ lässt sich kaum führen, ohne einige der – tatsächlichen – Gründe für diesen Krieg beim Namen zu nennen. Denn dabei geht es weniger um den „Kampf gegen das Böse“ oder die Suche nach Massenvernichtungswaffen, sondern schlicht um die Sicherung und den Ausbau geostrategischer Dominanz einer Weltmacht. Wobei der angestrebte Zugriff auf Energie-Ressourcen ein wesentlicher – aber nicht der einzige – Faktor ist.

In seinem umfangreichen Aufsatz hat der renommierte Friedensforscher, Afghanistan- und Irakexperte Dr. Jochen Hippler für Greenpeace einige der wichtigsten Hintergründe der derzeitigen „Neuordnung“ der Welt durch eine Supermacht beleuchtet. Hippler ist Politikwissenschaftler am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) in Duisburg. Er befasst sich mit Regionalkonflikten, ethnischen bzw. ethno-religiösen und nationalistischen Konflikten, der Wahrnehmung politischer Formen von Religiosität im Islam und Fragen der neuen „Weltordnung“. Jochen Hippler hat die Länder der Region mehrfach bereist .

Weitere Informationen zu Jochen Hippler unter: www.Jochen-Hippler.de

**Wolfgang Lohbeck,
Leiter Arbeitsgruppe Krieg und Frieden
Greenpeace, Januar 2003**

Das Problem von Krieg und Frieden vor dem Irak-Krieg

Am Ende des Kalten Krieges hatten viele Beobachter gehofft, die Zeit der Kriege und der politischen Gewalt sei vorbei, oder zumindest, dass die Zahl der Kriege und ihrer Opfer dramatisch abnehmen würde. Schließlich hatte man ein halbes Jahrhundert wie gebannt auf die Gefahren gestarrt, die aus dem Kalten Krieg und der Ost-West Konfrontation entsprangen und von zahlreichen „Stellvertreterkriegen“ in der Dritten Welt bis zur Gefahr eines globalen, nuklearen Holocaust reichten. Die Hoffnungen auf ein Verschwinden von Gewalt und kriegerischer Vernichtung von Mensch und Umwelt trogen: Nach einem kurzfristigen Sinken der Zahl der Kriege zu Beginn der neunziger Jahre stieg sie wieder an. Inzwischen deutet vieles darauf hin, dass sie sogar deutlich über das Niveau während der Zeit des Kalten Krieges steigen könnte.¹

Notwendigkeit von Antikriegsarbeit.

Dies stellt eine große humanitäre, politische und ökologische Herausforderung dar: In einer Welt der Kriege und des Massensterbens von Menschen wird die Chance noch geringer, Politik und Gesellschaft auf die Gefahren von Umweltbedrohungen, Ökologie, verminderter Artenvielfalt und auf die Notwendigkeit einer effizienten Energiepolitik aufmerksam zu machen. Krieg bedeutet immer nicht nur Zerstörung und menschliches Leiden, sondern auch Desensibilisierung. Und in Zeiten des Krieges leidet auch die Wahrheit: Die öffentliche Debatte und die Berichterstattung der Medien verengen sich, werden immer taktischer und oft in den Dienst einer Rechtfertigung des Krieges gestellt.

Krieg bedeutet eine extreme Form der Zerstörung – nicht nur militärische Ziele, sondern auch zivile Gebäude, Infrastruktur, Fabriken und ähnliches werden getroffen. Fast immer kommt es zu dramatischen Umweltschäden, die darüber weit hinausgehen: Luft wird belastet, Boden und Gewässer werden vergiftet, Vieh und Ernten vernichtet und damit natürliche Lebensgrundlagen und Ressourcen zerstört. Umweltverträgliche Kriege gibt es nicht. Zusammengenommen bedeutet dies, dass wir nicht allein aus humanitären und politischen Gründen Krieg bekämpfen müssen, sondern auch, um unsere anderen, wichtigen Aufgaben nicht zu verraten.

¹ siehe als Überblick z.B.: Jochen Hippler, Konflikte und Krisenprävention, in: Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 2000: Fakten, Analysen, Prognosen, hrsg. von Ingomar Hauchler, Dirk Messner,

Politische Gewalt und Krieg als Grundproblem.

Krieg und politische Gewalt entstehen aus zwei Richtungen. Einmal beginnen sie als lokale oder regionale Angelegenheit, die zunehmend globalen Charakter annehmen kann. Der irakische Überfall auf Kuwait 1990, der Staatszerfall und Bürgerkrieg in Somalia kurz danach, die Balkankriege der 90er Jahre waren Beispiele dafür, dass viele Kriegsursachen in teilweise abgelegenen Regionen der Weltpolitik lokal begannen, die Kriege dann aber die internationale Politik prägten, indem äußere Akteure zunehmend wichtige Rollen spielten oder gar selbst kriegerisch eingriffen. Seitdem ist häufig von einer „Zeit der ethnischen Konflikte“ gesprochen worden. Eine Formulierung, die oft irreführend ist, schließlich ist Somalia eines der ethnisch homogensten Länder der Welt – aber doch den Blick auf die lokalen Konfliktquellen richtet. Die gegenteilige Perspektive weist darauf hin, dass viele Kriegsursachen auf internationaler, oft globaler Ebene liegen. Ohne sie würden die Konflikte vor Ort entweder gar nicht die Schwelle zum Krieg überschreiten oder von eher geringem Umfang bleiben. Wenn der Weltmarkt für bestimmte Rohstoffe oder Exportprodukte zusammenbricht, können fragile Gesellschaften der Dritten Welt aus einer schwierigen Lage in den Bürgerkrieg abgleiten, weil die interne Verteilungsmasse weiter schrumpft und der Kampf um die knapper werdenden Güter sich verschärft. Wenn ökologisch bedingte Ressourcenverknappung eintritt (etwa die landwirtschaftliche Nutzfläche schwindet, weil *global warming* die Wüstenausdehnung noch anheizt), dann entsteht politischer und sozialer Druck, der Gewalt auslösen oder verstärken kann. Wenn externe, oft weit entfernte Mächte zur Gewinnung von Einfluss oder Ressourcen lokale Konflikte anheizen oder für sich ausnutzen, Waffen und Geld liefern oder eigene Truppen entsenden, dann kann aus einem kleinen Feuer leicht ein Steppenbrand werden, der kaum noch zu löschen ist. Lokale und internationale Konfliktursachen gehen also meist Hand in Hand und verstärken sich gegenseitig – und während bei der Behandlung rein lokaler Probleme externe Akteure oft hilflos sind, können sie die internationalen Faktoren oft besser beeinflussen, zumindest prinzipiell.

„Kleine Kriege“ und globale Hegemonie.

Die 90er Jahre haben den Übergang der „Nachkriegszeit“ (bezogen auf den Zweiten Weltkrieg) in die Zeit der „Kleinen Kriege“ markiert. Dies ist eine Phase, in der ein neuer Weltkrieg unwahrscheinlicher, aber die Kriegführung in vielen Teilen der Welt immer wahrscheinlicher

Franz Nuscheler, Frankfurt 1999, Kapitel 12, auch unter: http://www.jochen-hippler.de/Aufsatze/Konflikte_und_Krisenpravention/konflikte_und_krisenpravention.html

wurde und Kriege zunehmend für etwas zwar Unerfreuliches, aber doch „normal“ gehalten werden. Der Krieg gegen Serbien (1999), in Afghanistan (seit 2001) und der angekündigte Krieg gegen den Irak (vermutlich 2003) lassen befürchten, dass hier Exempel statuiert wurden und werden, die sich anderswo wiederholen dürften. Bei Politikstrategen in Nordamerika wird schon darüber nachgedacht, ob Länder wie Somalia, Iran oder Nordkorea ebenfalls mit militärischer Gewalt neu geordnet werden sollten. In allen diesen Fällen gilt, dass interne Faktoren wichtige Rollen spielen, der internationale Aspekt aber noch bestimmender ist. Lokale Konfliktfaktoren und Probleme treffen auf eine internationale Konstellation, die auch vom Streben nach der Durchsetzung einer neuen Weltordnung nach Ende des Kalten Krieges bestimmt wird.

Das ist wenig überraschend und durchaus verständlich: Großmächte streben nach Ausdehnung und Sicherung ihrer Vormachtstellung, und dies um so mehr in Phasen eines Umbruchs im internationalen System. Das hat früher für die Sowjetunion, für Deutschland, England und andere gegolten, und es wäre ein Wunder, wenn heute die USA einen anderen Weg gehen würden.

Die USA sind zur letzten verbliebenen Supermacht geworden. Sie haben durch die Auflösung der Sowjetunion eine internationale Dominanz erreicht, wie dies seit Jahrhunderten keiner anderen Macht gelang, vielleicht sogar ohne historisches Beispiel ist. Vorwürfe an Washington sind in dieser Sache zuerst einmal nicht angebracht, weil diese Vorherrschaft vor allem auf der relativen Schwäche anderer Akteure beruht, nicht auf einem besonderen Charakter der USA oder ihrer Außenpolitik. Angesichts der erfreulichen Situation der eigenen Dominanz besteht in den außenpolitischen Eliten Washingtons – von Kissinger über Brzezinski bis zu Cheney und Rumsfeld – der verständliche Konsens, den historischen „uni-polaren Augenblick“ zu zementieren und möglichst weit in die Zukunft zu verlängern. Auch dieses Politikziel hat wenig mit den USA, viel mit ihrer gegenwärtigen Interessenslage zu tun. Andere Staaten würden dies unter ähnlichen Bedingungen ebenfalls versuchen.

„Es findet kein „Krieg“ statt, sondern Hinrichtungen. Krieg wird auf so ungleicher Ebene und mit so ungleichen Mitteln geführt, dass eine Partei für die andere ungefährdet und unerreichbar ist und derart dominiert, dass man nicht mehr von Krieg sprechen kann.“
Prof. Horst Eberhard Richter über die neue Qualität der Kriege, im Gespräch mit Greenpeace)

Regional- und Globalpolitik.

Aus dieser Konstellation ergeben sich allerdings wichtige politische Schlussfolgerungen:

Während heute viele internationale Akteure ihre Politik vor allem nach lokalen oder regionalen Zielen definieren – das gilt für den Irak wie für die Europäische Union, für China wie für Russland –, betrachten die USA lokale und regionale Konflikte auch immer und vor allem unter dem Gesichtspunkt einer Sicherung und dem Ausbau ihrer globalen Machtposition. Andere Länder wären davon überfordert (und die Sowjetunion ging nicht zuletzt daran zugrunde, sich durch ihren globalen Machtanspruch selbst dauerhaft überzubelasten). Für Washington ist dies eine realistische Option, zumindest im Denken der außenpolitischen Eliten.

Die Frage des internationalen Terrorismus, das Problem der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die regionale Stabilität und Machtbalance am Persisch-Arabischen Golf oder in Zentralasien sind deshalb für die USA keine isolierten und manchmal fernen Probleme, sondern vor allem Elemente ihrer Globalpolitik, über die sonst kaum ein Land verfügen kann.

Aus diesem Zusammenhang leiten sich zwei Probleme ab, die direkt mit der Frage von Krieg und Frieden zusammenhängen:

- Eine globale Führungsmacht kann die Frage des Einsatzes militärischer Gewalt nicht allein unter dem Gesichtspunkt betrachten, was diese zur Lösung eines konkreten Problems beiträgt (also etwa: ist Krieg in Afghanistan überhaupt eine realistische Art, den Terrorismus zu bekämpfen?). Sie muss immer auch ihre internationale Machtstellung mit bedenken. Was also auf einer „sachlichen“ Ebene unsinnig sein mag (etwa Terrorbekämpfung durch B-52 Bomber), kann machtpolitisch immer noch geboten sein. Wenn deshalb die konkreten, offiziell erklärten Kriegsziele nicht erreicht werden (in diesem Fall: die Festnahme oder Tötung Usama bin Ladins und Mullah Muhammed Omars), so kann der Krieg doch als Erfolg gewertet werden, weil er anderen Nutzen brachte (etwa Militärbasen in Pakistan, Usbekistan, Kirgisistan und anderswo sowie gestärkten politischen Einfluss in Zentralasien, aber auch gegenüber Russland, China und der Europäischen Union).
- Die offiziellen Gründe eines Krieges müssen mit den tatsächlichen nicht immer viel zu tun haben. Sie werden oft auf eine Art formuliert, die mehr verschleiert als erhellt. Kriege werden immer mit „guten“, legitimen und vernünftigen Gründen gerechtfertigt, praktisch nie mit Machtstreben. Auch Aggressoren geben ihre Kriege oft als

„Selbstverteidigung“, als Umsetzung der nationalen Selbstbestimmung, als „Proletarischen Internationalismus“ oder als Maßnahme zur Friedenssicherung aus. Wenn heute Krieg also als Maßnahme der Terrorbekämpfung, als Aktion gegen Massenvernichtungswaffen, als „humanitär“ oder der Durchsetzung des Völkerrechts dienend bezeichnet wird, sagt dies nichts über die tatsächlichen Kriegsgründe, weder positiv noch negativ. Es kommt immer darauf an, die realen Kriegsgründe von der jeweiligen Rechtfertigung zu unterscheiden: Die Legitimierung eines Krieges ist bereits ein Kriegsakt, und bestimmend ist hier die Wirksamkeit und nicht der Wahrheitsgehalt. Wenn geostrategische Interessen für einen Krieg sprechen, darf man mit Sicherheit eine Rechtfertigung erwarten, die diese Gründe herunterspielt und „Problemlösungen“ in den Vordergrund stellt. All dies bedeutet natürlich nicht, dass Völkerrecht, Massenvernichtungswaffen oder Terrorismus nicht sehr wichtig wären – sondern nur, dass diese allein selten die realen Kriegsgründe bilden.

Terrorismus und Afghanistan.

Die Terroranschläge des 11. September 2001 waren ein schockierender, emotionalisierender Ausdruck politischer Gewalt. Sieht man auf die globalen Zahlen des US-Außenministeriums, dann lassen sich zum internationalen Terrorismus zwei wichtige Punkte feststellen: Die Zahl der Anschläge sank während der letzten zwanzig Jahre deutlich. Hatte es etwa in den Jahren 1985-88 jährlich jeweils mehr als 600 Anschläge weltweit gegeben (in den Jahren davor zwischen etwa 490 und 565), lag die Zahl für die Jahre 1996-2000 bei durchschnittlich nur noch 338.² Auch die Zahl US-amerikanischer Opfer des internationalen Terrorismus war bis zum 10. September 2001 eher gering, es gab insgesamt knapp 500 Opfer in den zwanzig Jahren davor (zum Vergleich: in den USA sterben in einem einzigen Jahr bis zu 11.000 Menschen an Schusswaffengebrauch). Rund die Hälfte der Opfer war bei einem einzigen Angriff auf US-Soldaten im Libanon 1984 zu beklagen, der auch nach der offiziellen US-Definition überhaupt kein Terrorismus, sondern ein unkonventioneller militärischer Angriff war.

“However precious each life lost to terrorism is, the number of such lives, particularly American lives, that have been so lost has so far fortunately been small, compared to, say, the loss of life from highway accidents or common murders.”
Deputy Chief, CIA Counterterrorist Center, Rede vor dem World Affairs Council, Naples/Florida, 16. 11. 1998, zit nach: www.cia.gov/cia/di/speeches/intlterr.html

² US Department of State, Patterns of Global Terrorism 2000, Appendix C: Statistical Review (Charts): Total International Terrorist Attacks, 1981-2000

Reaktionen auf den 11. September 2001.

Der Terror des 11. September, dem über 3000 Menschen zum Opfer fielen, änderte die Wahrnehmung der eigenen Sicherheit sowohl in der Bevölkerung, als auch in der Regierung der USA. Während große Teile der Bevölkerung sich persönlich verunsichert und bedroht fühlen (vor allem in den Großstädten), begriff die US-Regierung den Terroranschlag nicht allein als kriminellen Gewaltakt, sondern als Angriff auf die US-Hegemonie. Zum ersten mal waren außenpolitische Konflikte in diesem Maße in die USA hineingetragen worden, waren gerade die Symbole amerikanischer Macht in den USA selbst zum Ziel eines Angriffs gemacht worden: das *World Trade Center* als Symbol der wirtschaftlichen, das Pentagon als Symbol der militärischen, und das Weiße Haus (als Ziel eines weiteren, vorher abgestürzten Flugzeugs) als Symbol der politischen Macht. Auch deshalb ging die Reaktion der US-Regierung über bloße Terrorbekämpfung weit hinaus.

Die neue Dominanz der Terrorbekämpfung durch die Bush-Administration speist sich aus vier Quellen: Erstens geht es tatsächlich um die Bekämpfung des Terrorismus, was nicht nur vernünftig, sondern auch innenpolitisch unverzichtbar ist. Keine US-Regierung könnte es sich leisten, „weich“ oder gleichgültig auf die Anschläge des September 2001 zu reagieren. Zweitens zielt die neue Politik auf die Neuordnung bestimmter Länder und Regionen, die zu Recht oder zu Unrecht mit dem Terrorismus in Verbindung gebracht werden können. Hier verbinden sich die Regionalinteressen der einzigen Weltmacht mit dem Ziel der Terrorbekämpfung. Drittens wird der Topos der Terrorbekämpfung mit anderen Politikzielen der US-Regierung verknüpft, etwa der Verweigerung von Massenvernichtungswaffen an außenpolitische Gegner. Und viertens bildet der Anti-Terror-Kampf ein Mittel, die eigene globale Führungsrolle zu zementieren und verstetigen.

Bestimmte Aspekte des *Kampfes gegen den Terror* sind sinnvoll und nötig. Dazu gehören polizeiliche Fahndungs- und Aufklärungsmaßnahmen oder die stärkere Kontrolle und Bekämpfung von Geldwäsche (da ohne sie die Finanzierung größerer Terrorakte schwierig wäre). Da solche Maßnahmen mit „Krieg“ nichts zu tun haben, brauchen sie hier nicht weiter vertieft zu werden.

„Es ist wichtig, mit intelligenten Methoden Terroristen herauszufiltern. Aber ebenso wichtig ist es, zu erkennen, dass die fehlende Bereitschaft, Lasten zu teilen, dass mangelnde Großzügigkeit und Solidarität die Terroristen von morgen heranzieht.“
Ruud Lubbers, Chef des UN-Flüchtlingshilfswerks, www.zeit.de; 22. 10. 2001

Der zweite Aspekt bezieht sich auf die Frage, wie die Realität und Rhetorik des Anti-Terror-Kampfes in eine ohnehin bestehende *Regional- oder Geopolitik der USA* integriert werden. Für uns sind zwei Regionen dabei von besonderem Interesse: Zentralasien und der Persisch-Arabische Golf.

Zentralasien und Afghanistan.

Die Bedeutung Zentralasiens hat sich in den letzten 15 Jahren deutlich gewandelt. Früher war die Region ein Teil der Sowjetunion bzw. der sowjetischen (dann russischen) Einflussosphäre (Afghanistan). Das westliche Interesse war hier gering, außer als man durch die Unterstützung und Finanzierung des Krieges der Mudschaheddin gegen die sowjetische Intervention das Land als Druckmittel gegen Moskau nutzen konnte.³ Diese Periode endete nach dem Abzug der sowjetischen Truppen (1989) und dem Golfkrieg (1991), als die wichtigsten Mudschaheddin-Verbündeten Saddam Hussein unterstützen. Die USA und der Westen verloren das Interesse an Afghanistan (und Pakistan), da beide nun außenpolitisch und wirtschaftlich bedeutungslos waren.

Die Energiefrage und die Taliban.

Relativ schnell änderte sich das Bild. Die früheren Sowjetrepubliken und nun unabhängigen Länder der Region - insbesondere Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan - bemühten sich um eine größere Unabhängigkeit von Moskau. Es stellte sich zunehmend heraus, dass die Region durch ihre Öl- und vor allem Gasvorkommen zur zweitwichtigsten Energiequelle der Welt werden könnte. Bei zu erwartenden sinkenden Vorkommen in anderen Regionen (Russland, USA, Golf, China) gewann dieser Faktor eine große Bedeutung. Aus diesem Grund nahmen die USA etwa seit 1994/95 Afghanistan als mögliche Transitroute für den Export der zentralasiatischen Energieressourcen wieder ernster. Wichtiger Grund dafür, dass die Clinton-Administration 1996/97 eine Annäherung an die Taliban versuchte. Ohne eine stabile Regierung in Kabul war die Sicherheit einer geplanten Pipeline durch Afghanistan (über Herat und Kandahar nach Pakistan, möglicherweise bis nach Indien) nicht zu realisieren. Erst der innenpolitische Druck in den USA, insbesondere durch Frauen- und Menschenrechts-

³ siehe dazu: Jochen Hippler, „Bis zum letzten Afghanen“ - Hintergründe der USA-Politik gegenüber Afghanistan, in: Konkret (Hamburg), April 1989, S. 28-31; leicht bearbeitet im Internet unter: http://www.jochen-hippler.de/Zeitungs-Artikel/USA_und_Afghanistan/usa_und_afghanistan.html

organisationen, zwang Washington wieder auf Distanz zu den Taliban.⁴ Nach den Bombenanschlägen von *Al-Qaida* in Kenia und Tansania (1998) sowie den folgenden US-Raketenangriffen auf Khost (Afghanistan) wurde das Verhältnis Washingtons zu den Taliban immer schlechter. Interessant ist allerdings, dass auch unter der Herrschaft der Taliban Afghanistan nicht auf der US-Liste von Staaten stand, die den Terrorismus unterstützen. Die US-Politik zu Afghanistan wurde Ende der 90er Jahre durch zwei Faktoren bestimmt: die wachsende Besorgnis, dass Afghanistan als dauerhaftes Rückzugs- und Organisationsgebiet gewalttätiger, US-feindlicher Gruppen dienen könne, und die mögliche Rolle Afghanistans bei der Erschließung der zentralasiatischen Energieressourcen.

Ergebnisse des Anti-Terror-Krieges in Afghanistan.

Bezogen auf die proklamierten Ziele der Terrorbekämpfung kann der Krieg in Afghanistan nach über einem Jahr als gescheitert gelten. Die Bush-Administration hatte ja zwei Ziele in den Vordergrund gestellt: die Zerschlagung Al-Qaidas und die Ergreifung oder Tötung der Chefs von Al-Qaida und der Taliban, Usama bin Ladin und Mullah Muhammad Omar. Beide Ziele wurden trotz des beträchtlichen militärischen Aufwandes nicht erreicht. CIA-Chef Tenet erklärte im Oktober 2002 vor einem Kongressausschuss, dass Al-Qaida so gefährlich sei wie zuvor, möglicherweise noch gefährlicher: „,The threat environment we find ourselves in today is as bad as it was last summer,’ Tenet told the joint House-Senate panel examining the performance of U.S. intelligence agencies before the attacks on New York and Washington. ,They are reconstituted. They are coming after us. They are planning in multi-theaters. They are planning to strike the homeland again.’“⁵ Da drängt sich die Frage auf, was das erste Jahr des Anti-Terror-Krieges und der Feldzug in Afghanistan überhaupt gebracht haben. Die beiden gesuchten Personen bin Ladin und Mullah Omar befinden sich weiter in Freiheit. Usama bin Ladin fühlt sich inzwischen sicher genug, um sich wieder selbst per Tonband zu Wort zu melden. Daraus lässt sich entweder der Schluss ziehen, dass der Afghanistan-Krieg gescheitert ist, da er die gesetzten Ziele nicht erreichte. Oder aber dass er erfolgreich war, dann jedoch andere Ziele verfolgte als offiziell proklamiert. Dass ein Führungswechsel in Afghanistan Erfolgskriterium war, wurde auch von der US-Administration nicht behauptet. Das wäre ohnehin völkerrechtswidrig, da ein Regierungswechsel von außen allen Prinzipien von UNO-Charta und Völkerrecht widerspricht. Zudem ist Afghanistan für sich genommen dafür zu

⁴ siehe dazu: Ahmed Rashid, Taliban – Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad, München 2001, insbes. die Kapitel 11-13

⁵ Al-Qaeda Threat Has Increased, Tenet Says, in: Washington Post, Friday, October 18, 2002; Page A01

unwichtig. Der langfristige Effekt des Afghanistankrieges geht aber über die Terrorbekämpfung und die Einsetzung einer neuen Regierung weit hinaus. Er besteht in der festen und dauerhaften Verankerung der US-Präsenz, insbesondere militärisch, in der geostrategisch bedeutsamen Region Zentralasiens.

“After 9/11, for the first time the United States acquired temporary basing in this region in response to a changing security environment, as Uzbekistan, Kyrgyzstan, and Tajikistan became frontline states in Operation ENDURING FREEDOM. Anti-terrorism has become the central focus of U.S. policy in the region, although other goals still remain important. As Secretary of State Colin Powell told the House International Relations Committee, the United States “will have a continuing interest and presence in Central Asia of a kind that we could not have dreamed of before”.”

Elizabeth Wishnick, Growing U.S. Security Interests in Central Asia, Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, October 2002, S. 1
<http://www.carlisle.army.mil/ssi/pubs/2002/usintrst/usintrst.pdf>

Regionale Militärbasen.

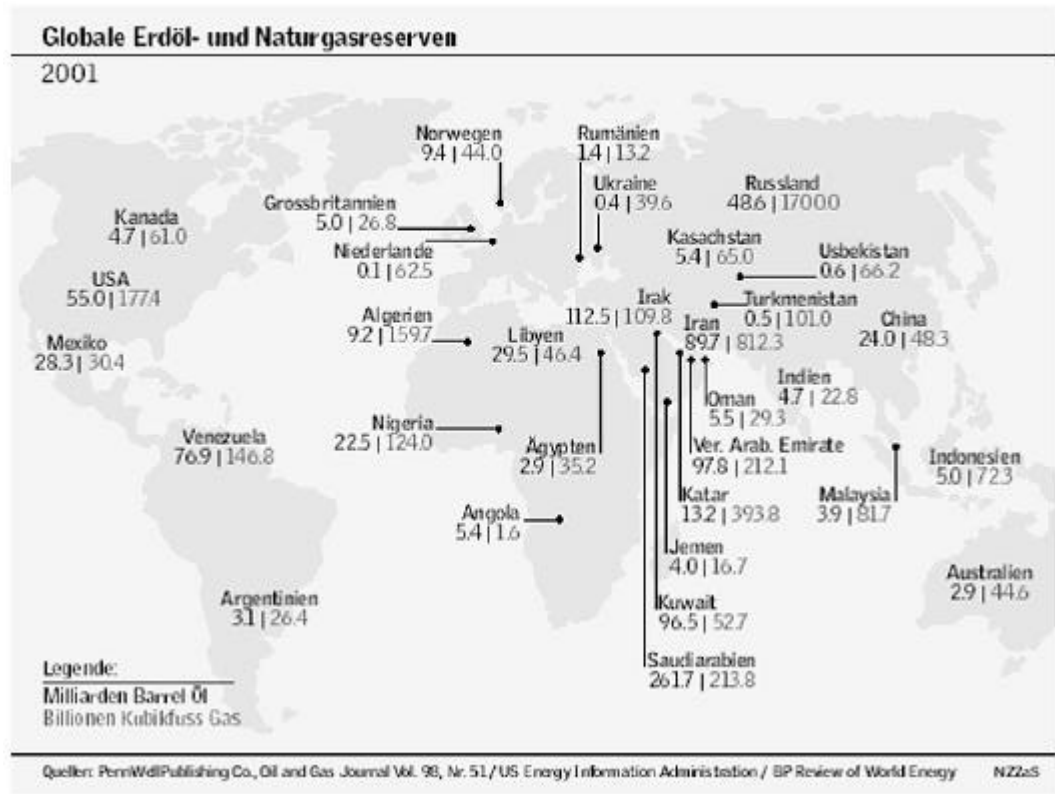
Die amerikanische Nachrichtenagentur *Associated Press* fasste das Ergebnis der Afghanistanpolitik so zusammen:

“The United States probably will keep its new military ties in central Asia, or expand them, even after the war in Afghanistan ends. That would create a new sphere of influence in a region where American military might was unthinkable a decade ago.”⁶

Ohne die Betonung der Anti-Terror-Ziele der US-Politik und ohne deren militärische Ausprägung – also ohne den Krieg gegen das Afghanistan der Taliban – wäre diese bedeutende Machtausweitung in der energiereichen Schlüsselregion Zentralasien gegen den gemeinsamen Widerstand der Regionalmächte Russland und China, die sich der neuen Einflusszone Washingtons bis heute widersetzen, unmöglich gewesen.

Die US-Politik in Zentralasien zielte bereits vor dem 11. September 2001 auf die Erschließung der beträchtlichen Gas-Ressourcen der Region, auf die Verstärkung des eigenen, und auf die Zurückdrängung des iranischen und russischen Einflusses. Die Anti-Terror-Politik wurde geschickt mit diesen Zielen verknüpft und in ihren Dienst gestellt. Und so zweifelhaft der Nutzen des Afghanistan-Krieges für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus war, so erfolgreich war er für die eigene Machtausdehnung in der Region.

⁶ *Associated Press*, 12.3.2002, <http://www.globalsecurity.org/news/2002/020312-attack01.htm>



Der Persisch-Arabische Golf.

Der Golf ist die Region mit den bislang größten Erdölvorkommen der Welt. Die westliche Politik gegenüber der Region bleibt von der Energiefrage dominiert, rund zwei Drittel der Weltenergie stammen von dort. Dies heißt nicht, dass keine anderen Erwägungen eine Rolle spielten und spielen. Auch gilt nicht, dass die dortigen Kriege schematisch unter der Überschrift „Blut für Öl“ abgehandelt werden könnten, wie dies im Golfkrieg 1991 von einem Teil der amerikanischen und deutschen Friedensbewegung getan und vom Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* noch Anfang 2003 wiederholt wurde⁷. Trotzdem aber ist die Bedeutung des Öls aus dem Persisch-Arabischen Golf weiterhin zentral: wirtschaftlich (zur Sicherung des Modells der fossilen Energiewirtschaft) und politisch (bezüglich einer Sicherung und Stabilisierung der Region). Präsident Bush (Vater) drückte diesen Tatbestand vor dem Golfkrieg von 1991 treffend so aus:

„Der Irak selbst kontrolliert etwa 10 Prozent der Welterdölreserven. Mit Kuwait kontrolliert der Irak die doppelte Menge. Ein Irak, dem es gestattet wäre, Kuwait zu schlucken, würde die

⁷ Titelgeschichte „Blut für Öl – Worum es im Irak wirklich geht“, in: *Der Spiegel*, 13. Januar 2003

wirtschaftliche und militärische Macht, aber auch die Arroganz besitzen, seine Nachbarn einzuschüchtern und unter Druck zu setzen - Nachbarn, die den Löwenanteil der übrigen Welterdölreserven kontrollieren. Wir können es nicht zulassen, dass solch lebenswichtige Bodenschätze von jemandem beherrscht werden, der so rücksichtslos handelt. Und wir werden es nicht zulassen."⁸

Ölexport und Preise.

Es geht in puncto Persisch-Arabischer Golf in der US-Politik zwar immer wieder um Öl – aber selten darum, den Fluss des Öls physisch bzw. militärisch zu sichern. Das ist auch kaum nötig, da das Öl der Region ja zum Verkauf steht: Alle Länder müssen es aus wirtschaftlichen Gründen exportieren, dazu zwingen braucht man sie nicht. Es geht auch selten um die militärische Senkung der Ölpreise. Das wird von Politikstrategen in Washington zwar hin und wieder als Ziel formuliert, ist aber durch Krieg kaum zu erreichen. Ganz im Gegenteil: Der letzte Golfkrieg führte dazu, den Ölpreis pro *barrel* von 17 auf über 45 Dollar zu erhöhen. Auch 2003 besteht diese Gefahr. Das *Wall Street Journal* (20. Dezember 2002) wies bereits darauf hin, dass gerade angesichts der Streiks in der Ölindustrie Venezuelas ein kriegsbedingter Ausfall der irakischen Exporte das Preisniveau weiter anheben würde – insbesondere angesichts der Entscheidung der OPEC, ab dem 1. Januar 2003 die Produktion um 1,7 Mill. *barrel* pro Tag zu reduzieren. In den letzten Wochen des Jahres 2002 stieg der Ölpreis bereits um rund 20% auf rund 30 Dollar pro *barrel*.

“OPEC officials said the group would pump more oil if prices stay above \$30 a barrel. "But if we get Iraq on top of Venezuela, it will be very difficult," one OPEC official said.
On Wednesday, Goldman Sachs Group Inc. revised its oil-price forecast from about \$20 a barrel at the end of 2003 to just under \$30 a barrel, provided the Venezuelan disruption lasts no longer than two more weeks, Iraq maintains exports and the U.S. releases some oil from its reserves.
But Goldman Sachs warned of large oil-price increases and an even higher average crude-oil price if the Venezuelan strike persists and Iraq halts its exports.”
Thaddeus Herrick / Bhushan Bahree, Wall Street Journal, 20. Dezember 2002

Das Politikziel besteht also weder in der physischen Eroberung des Öls noch in einer direkten Marktregulierung (im Sinne einer erzwungenen Preissenkung). Ein möglicher Krieg soll vor allem, folgt man den Worten von Präsident Bush, eine Vormachtstellung am Golf durch irgendeine nicht befreundete Macht verhindern. Weder der Irak noch der Iran dürfen, nach

⁸ Präsident George Bush im September 1990, in: *U.S. Policy Information and Texts*, 12. September 1990, S. 2f

dieser Ansicht, die geostrategisch wichtige Region dominieren (anderes galt bis 1978, als der befreundete Schah den Iran regierte – damals wurde er gezielt zum regionalen Stellvertreter der USA aufgerüstet).

Der Golfkrieg 1991.

Das erklärt auch die seltsam schwankende Politik Washingtons im ersten Golfkrieg (Iran-Irak, 1980-88). Zuerst unterstützte man den säkularen Irak gegen den fundamentalistischen Iran, obwohl die Regierung Saddam Hussein letzteren völkerrechtswidrig überfallen hatte. Später half man mit Waffen und Geheimdienstinformationen heimlich und indirekt (via Israel) dem Iran gegen den Irak. Nach dem Krieg dann, von 1988-90, neigte sich die USA wieder stark dem siegreichen Irak zu. Letztlich ging es Washington darum, beide Staaten – Iran und Irak – im Krieg ausbluten zu lassen, um dann selbst in der Nachkriegszeit eine Schlüsselrolle zu spielen. Dieses Konzept scheiterte. Die irakische Eroberung Kuwaits 1990 signalisierte, dass der Irak seine machtpolitischen Eigeninteressen höher zu gewichten gedachte als die Kooperation mit Washington.

Damit war die Kooptierungspolitik gegenüber Bagdad gescheitert. Nun musste, wie auch die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher argumentierte, dem Irak das Rückgrat gebrochen werden. All dies waren politische Erwägungen, keine im engen Sinne wirtschaftlichen bzw. energiepolitischen. Dennoch stimmte, was ein Berater des Präsidenten als Grund der damaligen Militäraktion mit schöner Deutlichkeit formulierte:

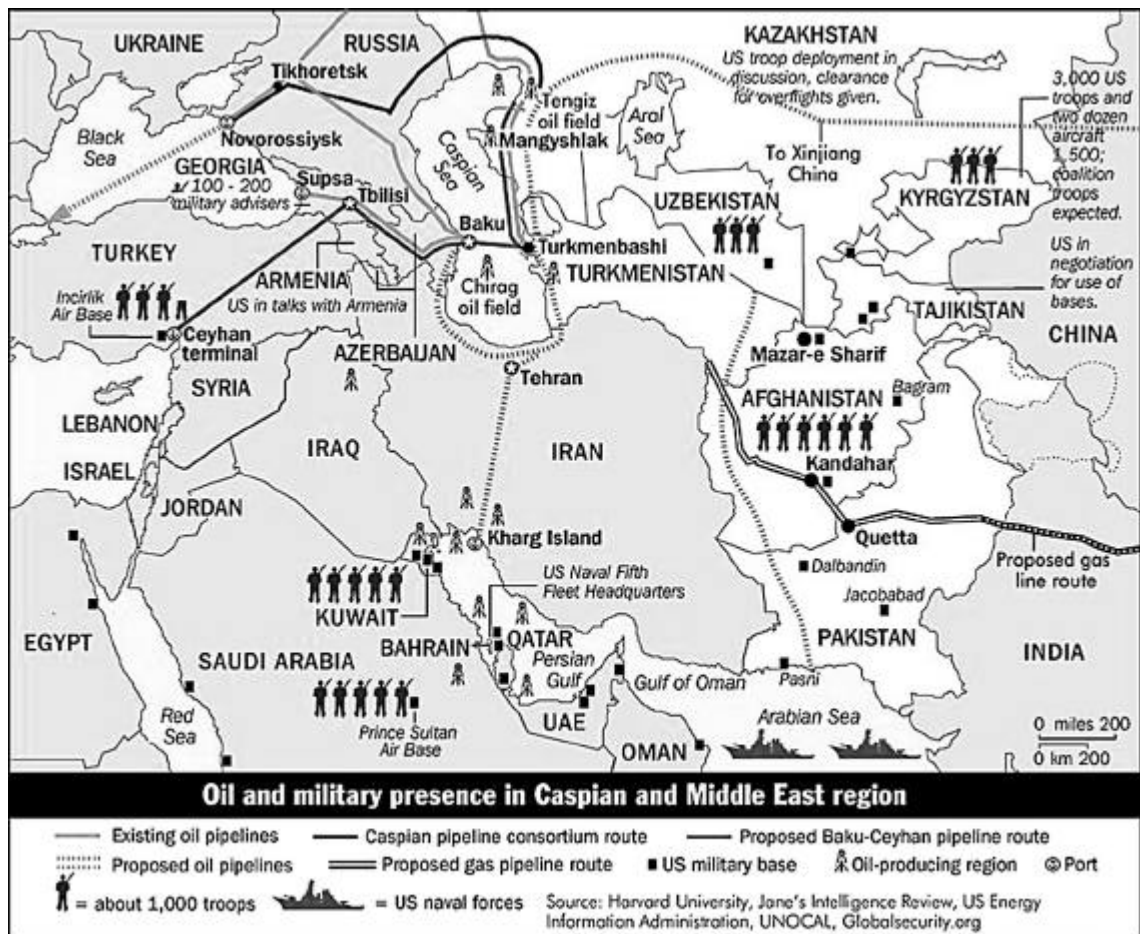
"Wir brauchen das Öl. Es klingt gut, vom Eintreten für die Freiheit zu reden. Aber Kuwait und Saudi Arabien sind auch nicht gerade Demokratien. Wenn ihre wichtigsten Exportprodukte Orangen wären, dann hätte ein mittlerer Beamter des Außenministeriums eine Stellungnahme [zur irakischen Aggression] abgegeben, und wir hätten das Außenministerium für den August geschlossen."⁹

Strategische Interessen.

Das Interesse am Persisch-Arabischen Golf basiert also auf seinem Energiereichtum, auf seiner Bedeutung für die Weltwirtschaft durch die Ölvorkommen, aber eben nicht auf eine direkte und ungebrochene Art und Weise, sondern politisch vermittelt. Ein „Krieg für Öl“ ist dies aus Washingtoner Sicht deshalb nur indirekt (ganz im Gegensatz zur damaligen Eroberung Kuwaits durch den Irak, die tatsächlich vor allem aus wirtschaftlichen Gründen erfolgte). Es ist ein Kampf, die reichen Energieressourcen des Golfs nicht zur Basis einer fremden

Machtausdehnung werden zu lassen und zugleich am Golf einen politisch stabilen Rahmen eigener Hegemonie zu etablieren, der die regionalen Öl-Exporteure quasi naturwüchsig an die USA bindet, ohne den Fluss des Öls selbst kontrollieren zu müssen. Sicher werden US-Konzerne nach dem Krieg eine entscheidende Rolle bei der irakischen Ölförderung spielen und dabei über Positionsvorteile vor anderen Ländern verfügen. Nur: Dies wird zwar ein Ergebnis des Krieges sein, stellt aber nicht sein Hauptziel dar. Es handelt sich eher um einen erwünschten Nebennutzen einer grundlegenderen Politik der regionalen Dominanz. Henry Kissinger hat einmal formuliert, dass „das Öl viel zu wichtig ist, um es den Arabern zu überlassen“. Dies mag die Washingtoner Sichtweise realistisch widerspiegeln – aber es bedeutet nicht, dass die USA jede Ölquelle unbedingt selbst besitzen oder ausbeuten wollten. Es reicht durchaus, die wichtigste Ölregion der Welt politisch und militärisch zu kontrollieren. Dann kann man darauf vertrauen, dass dort nichts Grundlegendes gegen die US-Interessen entschieden wird. Eine solche Aussicht ist naturgemäß nicht allein für die Länder der Region, sondern auch für die anderen größeren Ölimporteure der Welt – vor allem Europa und Japan, mittelfristig auch Russland und China – eher bedrohlich.

⁹ zit nach: Read my Ships, in: *Time*, 20.8.1990, S. 11



STAFF

Irak-Politik.

Die 2001 neu ins Amt gekommene Bush-Administration war außenpolitisch wenig ausgewiesen, verfügte aber bereits von Anfang an über das Ziel, die Regierung Saddam Hussein zu stürzen und den Irak politisch zu reorientieren. Zentrale Akteure der neuen Regierung hatten bereits unter Clinton eine Kampagne zu diesem Ziel betrieben und selbst einen Krieg zu diesem Zweck nicht ausgeschlossen oder sogar darauf gedrängt. Zu dieser Gruppe gehörten Vizepräsident Cheney, Verteidigungsminister Rumsfeld, der stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz und andere. Ex-General Wayne Downing (der schon an der Eroberung Panamas zum Sturz General Noriegas 1989 mitwirkte) hatte bereits 1998 (mit Hilfe des früheren CIA-Agenten Duane Clarridge, der unter Präsident Reagan eine wichtige Rolle bei der Contra-Operation gegen Nicaragua gespielt hatte) einen militärischen Angriffsplan gegen

den Irak ausgearbeitet und einem Kongressausschuss vorgestellt.¹⁰ Die Clinton-Administration hatte diesen Plan abgelehnt. Aber mit Präsident Bush jr. gelangten seine wichtigsten Protagonisten in Schlüsselpositionen der neuen Regierung. Zu den Lobbyisten einer gewaltsamen Anti-Irak-Politik gehörten bereits 1998 auch Zalmay Khalilzad (der unter Bush ins Weiße Haus berufen wurde und heute für den Kontakt zur irakischen Opposition zuständig ist), Douglas Feith und Dov Zakheim (unter Bush im Verteidigungsministerium) und Richard Armitage (der sich inzwischen der etwas vorsichtigeren Position Außenminister Powells angeschlossen hat), John Bolton und Paula Dobriansky, die alle ins Außenministerium übernommen wurden.¹¹ Downing wurde Koordinator des Weißen Hauses für die Terrorbekämpfung, trat allerdings im Sommer 2002 wegen interner Streitigkeiten zurück.

„Die Umrisse einer „neuen Weltordnung“ haben sich schon vor dem 11. September herausgebildet, als neue Hierarchie mit nur noch einer Supermacht. Der Abstand dieser Supermacht zu allen andern stieg in den 90er Jahren enorm, vor allem im technologischen Rüstungsbereich. Die Militärausgaben sind mit 360 Mrd. \$ so groß wie die der nachfolgenden zwölf Staaten zusammengenommen. Ziel der „Revolution in Military Affairs“ (RMA) ist die totale Vernetzung der Streitkräfte, Kriege sollen für die USA von jedem Ort der Erde aus jederzeit punktgenau geführt werden können.“
*Dr. Michael Brzoska, Forschungsdirektor des Bonn International Center for Conversion –BICC
(Gespräch mit Greenpeace und schriftlicher Beitrag)*

Die Regierung Bush bereitete schließlich im Frühjahr und Sommer 2001 eine neue, aggressivere Irak-Politik vor. Der Terroranschlag des 11. September drängte diese Pläne aber für einige Zeit in den Hintergrund, da Al-Qaida, die Taliban und der Afghanistan-Krieg die Aufmerksamkeit auf sich zogen. Nachdem die Situation in Afghanistan nach dem Sturz der Taliban sich bald einigermaßen stabilisiert hatte, geriet der Irak wieder ins Blickfeld – zuerst gemeinsam mit dem Iran und Nordkorea, die von Präsident Bush zur „Achse des Bösen“ ernannt wurden. Spätestens im Sommer 2002 scheint es, Aussagen der US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice zufolge, eine informelle Entscheidung des US-Präsidenten für einen Krieg gegen den Irak gegeben zu haben. Danach wurde die alles dominierende Terrorismusfrage zunehmend abgemildert und mit anderen Fragen verknüpft: Massenvernichtungswaffen, politische Werte, Demokratie. Als zentrales Politikziel wurde von Anfang an ein „Regimewechsel“ – also der Sturz der Regierung – im Irak propagiert. Die anderen Argumente blieben diesem Ziel untergeordnet. Die Grundsatzentscheidung für einen Krieg war zwar vermutlich bis zum Dezember 2002 noch rückholbar, aber im Grundsatz bereits getroffen – alles andere war aus Sicht der Bush-

¹⁰ Old Strategy on Iraq Sparks New Debate, in: *Washington Post*, 27.12.2001, S. A1

Administration vor allem dem „Verkauf“ dieses Vorhabens und der Koalitionsbildung gewidmet, etwa die Entsendung neuer UNO-Inspektoren nach Bagdad.

Der Irak als Gefahrenherd.

Eine Politik der Nicht-Weiterverbreitung, Verminderung und letztlich Abschaffung von Massenvernichtungswaffen (wie bezüglich der Nuklearwaffen im Atomwaffensperrvertrag formuliert,¹² wenn auch bezüglich des letzten Punktes von den Atommächten systematisch ignoriert) ist nicht nur sinnvoll, sondern dringlich. Aber ebenso wie der Kampf gegen den Terrorismus zugleich notwendig und ein Mittel zu anderen Zwecken ist, wird auch das Schlagwort der Nicht-Weiterverbreitung höchst selektiv angewandt und instrumentalisiert. Die Bush-Administration wirft der irakischen Regierung unter anderem vor, undemokratisch, diktatorisch und repressiv zu sein; eine Bedrohung der Nachbarländer darzustellen; über Massenvernichtungswaffen zu verfügen und weitere anzustreben sowie zahlreiche UNO-Resolutionen zu missachten. Einige dieser Kritikpunkte sind vollkommen zutreffend: Natürlich handelt es sich beim irakischen Regime um eine brutale Diktatur. Eine Bedrohung der Nachbarländer durch den Irak ist dagegen seit Jahren nicht erkennbar. Nicht etwa, weil das Regime dazu prinzipiell nicht bereit wäre, sondern weil eine aggressive Außenpolitik den eigenen Interessen widerspricht (man will ja aus der Isolierung ausbrechen und die UNO-Sanktionen aufgehoben wissen). Zudem ist man militärisch seit dem Golfkrieg so geschwächt, dass man dazu auch gar nicht in der Lage wäre. Der Vorwurf des Besitzes und weiteren Entwicklung von ABC-Waffen war in der Vergangenheit begründet (wozu westliche Firmen entscheidende Beiträge geleistet hatten¹³). Seit Jahren ist dies aber nicht mehr nachgewiesen, und viele Fachleute bezweifeln heute, dass der Irak über nennenswerte Bestände verfügt. Auch die UNO-Inspektoren haben bisher keine gegenteiligen Belege entdeckt. Der Irak hat sogar in erstaunlich großem Umfang mit ihnen zusammengearbeitet und seine frühere Destruktionspolitik nicht wiederholt.

¹¹ Außenminister Colin Powell und CIA-Chef Tenet teilten zwar die politischen Ziele, waren aber skeptischer bezogen auf die Kriegspläne

¹² siehe dazu die Kapitel 4-6 in: Matthias Küntzel, *Bonn and the Bomb – German Politics and the Nuclear Option*, London 1995

¹³ siehe z.B.: Jochen Hippler, *Iraq's Military Power: The German Connection*, in: *Middle East Report* (Washington/New York), Vol. 21, No. 168, January/February 1991, S. 27-31

„Ein (UN)-Panel kam im Frühjahr 1999 in einem Bericht zuhanden des Sicherheitsrats zum Schluss, dass der Grossteil der verbotenen irakischen Waffen inzwischen zerstört sei, dass kontinuierliche Inspektionen jedoch notwendig seien, weil bei den meisten Waffenkategorien noch verschiedene Fragen offen seien, wobei vor allem bei den biologischen Waffen kritische Lücken gefüllt werden müssten. Was die Nuklearwaffen betrifft, hielt die IAEA fest, dass sie ein technisch kohärentes Bild des nuklearen Waffenprogramms erhalten habe, das finanziell gut dotiert und auf die Produktion eines kleinen Arsenal von Nuklearwaffen ausgerichtet gewesen sei. Sie habe jedoch keine Hinweise, dass dieses Ziel erreicht oder größere Mengen von waffenfähigem Spaltstoff hergestellt oder erworben worden seien.

Auch gebe es keine Indizien, dass der Irak noch im Besitz von Anlagen oder Hardware sei, die ihm ermöglichen, für Bomben geeignetes Spaltmaterial in relevanten Mengen herzustellen. Die IAEA habe unschädlich gemacht, was die Iraker nicht bereits zuvor - entgegen den Auflagen der Uno selber - zerstört hatten.“

Katz-und-Maus-Spiel des Irak mit der UNO – Die schwierige Aufgabe der Inspektoren, in: Neue Zürcher Zeitung, 3. Dezember 2002, zit. nach: www.nzz.ch/dossiers/2002/irak/2002.12.04-al-article8JT75.html

Doppelte Maßstäbe.

Obwohl die Vorwürfe gegen den Irak berechtigt sind, fällt die Anwendung doppelter Maßstäbe auf. Eine Missachtung von UNO-Resolutionen oder von Völkerrecht geschieht durch eine ganze Reihe von Ländern. Die frühere Taktik Bagdads, Resolutionen nur so weit zu beachten, wie sich dies gar nicht vermeiden ließ, war dreist. Sie muss aber vor dem Hintergrund gesehen werden, dass andere Länder selbst das nicht für nötig halten. Nehmen wir etwa die jahre- und jahrzehntelange Missachtung von UNO-Beschlüssen durch Israel (bezogen auf die besetzten Gebiete oder die israelischen Siedlungen) oder die Türkei (Nordzypem) zum Vergleich, sticht der Mangel an Kritik durch Washington ins Auge. Ähnliches gilt, wenn man die Bewertung der irakischen Politik im Laufe der Zeit vergleicht: Während der völkerrechtswidrige irakische Überfall auf den Iran 1980 nicht nur akzeptiert, sondern durch die USA noch unterstützt wurde, stellte man den ebenso völkerrechtswidrigen Überfall auf Kuwait 1990 scharf an den Pranger. Dies geschah nicht, weil die völkerrechtliche Lage, sondern weil die eigenen Interessen anders waren. Ähnlich verhält es sich bezüglich der Massenvernichtungswaffen: Diese sind nicht *an sich* das Problem, schließlich verfügen die USA selbst über ein beträchtliches Arsenal. Wenn Länder wie die akzeptierten Atommächte oder auch Staaten wie Israel – und sogar auch Indien und Pakistan – über solche Waffensysteme verfügen, dann ist das entweder selbstverständlich oder wird mit kurzzeitigem diplomatischem Grollen zur Kenntnis genommen. Israel ist schließlich ein enger Verbündeter, Pakistan braucht man bezüglich Afghanistans und des Kampfes gegen Terroristen – da wird in puncto der Atomprogramme ein Auge zugedrückt. Wenn der Irak also ein zuverlässiger US-amerikanischer Verbündeter wäre, dann würden seine ABC-Waffen mit großer Diskretion behandelt. Die Kritik am Irak hat also nur zum Teil etwas

mit den Gegenständen der Kritik zu tun. Diese würden in der Regel auf zahllose andere Länder und Regime ebenfalls zutreffen. Es geht hier um die politische Ausrichtung des irakischen Regimes. Unterdrückung, Missachtung der UNO, Massenvernichtungswaffen werden erst dann massiv betont, wenn die jeweiligen Übeltäter anti-westlich sind oder den Zielen der US-Außenpolitik entgegenarbeiten.

Der gewollte Krieg.

An der Politik der Bush-Administration gegenüber dem Irak fällt auf, dass sie a) durchgängig und von Beginn an auf (auch militärische) Konfrontation angelegt war, und sich b) die Begründungen dieser Politik je nach politischer Opportunität änderten. So wurde zu Beginn das Ziel eines „Regimewechsels“ stark betont. Dies trat bald in den Hintergrund und wurde von der Frage irakischer Massenvernichtungswaffen abgelöst. Gelegentlich und nach Bedarf wurden dann der diktatorische und brutale Charakter des irakischen Regimes oder sein Verstoß gegen UNO-Resolutionen in den Vordergrund gestellt, um dann wieder vom Bild eines die gesamte Region bedrohenden Staates abgelöst zu werden. Besonderes Gewicht hatte zu Beginn der Kampagne (vor allem aber nach dem 11. September) das Argument, der Irak unterstütze den internationalen Terrorismus, verfüge gar über Kontakte zu Al-Qaida. All diese Argumente sollten vor allem der Rechtfertigung einer konfrontativen Politik dienen. Sie wurden genutzt wenn Erfolg versprechend, konnten dann in der Versenkung verschwinden, wenn andere Argumente größeren Nutzen versprachen.

Beispielhaft dafür war der Umgang mit dem Terrorismus-Argument: Von großer emotionaler Bedeutung und Überzeugungskraft nach dem Terroranschlag in New York wurde es später wesentlich abgemildert, weil die US-Regierung trotz intensiver Suche keinen Beleg finden konnte, dass die irakische Diktatur mit islamistischen Terrorgruppen kooperiert hatte. Die *Washington Post* berichtet in diesem Zusammenhang im September 2002 unter der Überschrift „U.S. Not Claiming Iraqi Link to Terror“:

“As it makes its case against Iraqi President Saddam Hussein, the Bush administration has for now dropped what had been one of the central arguments presented by supporters of a military campaign against Baghdad: Iraq's links to al Qaeda and other terrorist organizations.

Although administration officials say they are still trying to develop a strong case tying Hussein to global terrorism, the CIA has yet to find convincing evidence despite having combed its files and redoubled its efforts to collect and analyze information related to Iraq, according to senior

intelligence officials and outside experts with knowledge of discussions within the U.S. government.”¹⁴

Dieser Rückzieher erfolgte allerdings erst, nachdem die US-Administration vorher monatelang mit einer angeblichen Verwicklung Bagdads in den internationalen Terrorismus Stimmung gemacht hatte – eine psychologische Kriegsvorbereitung, deren Wirkung nicht dadurch aufgehoben wurde, dass dieses Argument später vorsichtiger und zurückhaltender verwandt wurde. Die Logik solcher Kampagnen psychologischer Kriegführung besteht ja darin, dass durch ständige Wiederholung die Argumente immer glaubwürdiger und überzeugender werden, selbst wenn sie keine Basis in der Realität haben.

““This is an evil man who, left to his own devices, will wreak havoc again on his own population, his neighbors and, if he gets weapons of mass destruction and the means to deliver them, on all of us,” Rice told the BBC. “There is a very powerful moral case for regime change. We certainly do not have the luxury of doing nothing.”

Rice noted that after Sept. 11, the most immediate threat was al Qaeda. But she said Hussein posed a looming threat that could not be ignored. “Clearly, if Saddam Hussein is left in power doing the things that he is doing now, this is a threat that will emerge, and emerge in a very big way.””

*Rice Lays Out Case for War In Iraq - Bush Adviser Cites 'Moral' Reasons
in: Washington Post, August 16, 2002; Page A01*

Die Beliebigkeit der Argumente.

Die immer stärkere Betonung der Frage irakischer Massenvernichtungswaffen trat an die Stelle des Terrorismusverdachtes. Dies brachte den zusätzlichen Vorteil, sich dabei auf entsprechende UNO-Resolutionen und eine tatsächlich fragwürdige Geschichte des irakischen Regimes beziehen zu können: Schließlich hatte der Irak tatsächlich Massenvernichtungswaffen produziert und jahrelang in dieser Frage mit den UN-Inspektoren Katz und Maus gespielt. Im Gegensatz zur unbewiesenen Terrorismusunterstellung (es lassen sich Verbindungen der US- und Saudischen Regierung zu den Taliban und Usama bin Ladin leichter nachweisen als irakische) war der Verdacht gegen Bagdad in dieser Frage nicht einfach von der Hand zu weisen.

Im ganzen Jahr 2002 wurde – Belege hin oder her – eine indirekte, rhetorische Verbindung zwischen dem Irak und dem Terrorismus gezogen, die überhaupt nicht belegt zu werden brauchte. Es wurden nicht die Gegenwart und die Realitäten beschworen, sondern die eigenen Befürchtungen für die Zukunft: Wenn der Irak auch heute nicht mit dem Terrorismus

¹⁴ in: Washington Post, September 10, 2002; Page A01

kooperiert, dann könne er das in Zukunft durchaus tun. Und wenn er dabei auch noch Massenvernichtungswaffen für terroristische Zwecke bereitstelle, dann sei es zu spät: „I think one of the worst things that could happen in the world is terrorist organizations mating up with nations which have had a bad history and nations which develop weapons of mass destruction“, so Präsident Bush.¹⁵ Zweifellos ein Schreckensszenario – nur, dass weder irakische Massenvernichtungswaffen, noch eine irakische Bereitschaft zur Kooperation mit Terroristen bisher belegt wären. Zudem hatte der Einsatz irakischer Massenvernichtungswaffen (Giftgas) gegen 5000 Kurden 1988 (zu einer Zeit, als Bagdad noch eng mit dem säkularen Terroristenführer Abu Nidal zusammenarbeitete) zu keinen sonderlich besorgten Reaktionen geführt.

Die Selektivität, Beliebigkeit und Oberflächlichkeit der Argumente für eine Konfrontation mit dem Irak und die offensichtlichen doppelten Maßstäbe unterstreichen, dass diese eben nicht die Hauptbeweggründe der US-Politik, sondern vor allem Verkaufsmittel darstellten.

Quellen der Gewalt und Konfliktprävention.

Die Welt ist seit dem Ende des Kalten Krieges noch unübersichtlicher geworden. Zumindest erscheint sie uns so, da uns das mentale Korsett des Ost-West-Konflikts fehlt, das die komplexen Realitäten so bequem strukturieren half.

Heute können Risiken für den Frieden „von unten“ und „von oben“ entstehen. Sie können aus lokalen Konflikten etwa in der Dritten Welt entspringen, sie können sich zu Bürgerkriegen, ethnischen Säuberungen, Terrorismus und anderen Gewaltformen entwickeln. Und manche solcher Gewaltkonflikte können zu grenzüberschreitenden Bedrohungen werden. Es ist deshalb wichtig, potentielle und reale politische Gewalt nicht zu ignorieren, sondern zur Kenntnis zu nehmen und, wenn immer möglich, zu überwinden oder zu vermeiden. Dabei kommt es aber darauf an, fremde Gewalt nicht zum Vorwand für eigene zu nehmen, eigene Dominanzpolitik nicht hinter der anderer zu verbergen. Stattdessen gilt es, eine Politik der Konfliktbearbeitung und Konfliktvorbeugung zu betreiben, die an den Konfliktursachen ansetzt, anstatt die Konflikte zum eigenen Vorteil zu manipulieren.

„Zurzeit wird in der Politik eine Strategie der Kriegführung und nicht der Kriegsverhütung verfolgt.“
Prof. Dieter S. Lutz, kürzlich verstorbener Direktor des Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), im Gespräch mit Greenpeace)

¹⁵ Bush Says U.S. Willing to Take Action Against Iraq, in: Washington Post, February 12, 2002, p. A13

Gewaltkonflikte – auch Terrorismus – entspringen auf lokaler Ebene in der Regel einem Problemdruck, der die Fähigkeiten der betroffenen Gesellschaft übersteigt, die resultierenden Konflikte friedlich zu regeln. Die beiden zentralen Faktoren dabei sind also die Art und Intensität der Konfliktursachen (Problemdruck) einerseits, und die institutionelle, politische und psychologisch-kulturelle Kapazität zur gewaltfreien Regelung von Konflikten andererseits. Eine Politik der Konfliktprävention und gewaltfreien Konfliktbearbeitung wird an diesen beiden Punkten ansetzen. Beide sind eng miteinander verknüpft: Wenn der Problemdruck zu groß wird, können die bestehenden Mechanismen der Problembearbeitung überfordert werden und völlig zusammenbrechen. In einem solchen Fall ist die Wahrscheinlichkeit offener Gewalt am höchsten.

Es gibt selten eine einzige, entscheidende Ursache für den Ausbruch politischer Gewalt, sondern fast immer ein sich gegenseitig verstärkendes Faktorenbündel. So kann beispielsweise eine starke Kluft von Armut und Reichtum zur Entstehung von Gewaltkonflikten beitragen, muss dies aber nicht automatisch. Ähnliches gilt für Diktatur und Unterdrückung – sie können ganz zentrale Elemente einer Konfliktdynamik sein, müssen es aber nicht immer. Andere potentielle Faktoren sind die Enttäuschung von Erwartungen der Bevölkerung, ein sinkender Verteilungsspielraum, die Verschlechterung der Lebenschancen durch ökologische Krisen oder anderes.¹⁶

Der islamistische Terrorismus.

Nehmen wir als Beispiel die Hintergründe des aktuellen islamistischen Terrorismus (der weder mit dem Islam an sich, noch mit dem Islamismus identifiziert werden darf). Hier sollte man zumindest zwei unterschiedliche Varianten unterscheiden: seine lokale und seine internationale Ausprägung. In der überwältigenden Mehrheit der Fälle handelt es sich um lokalen Terrorismus, der sich in der Regel gegen Ziele im eigenen Land richtet: etwa in Algerien, Ägypten, Pakistan und anderswo. Palästina stellt hier einen Sonderfall dar, weil wegen der israelischen Besetzung Palästinas auch Israel direkt betroffen ist, nicht nur israelische Ziele in den besetzten Gebieten.

¹⁶ zu den Ursachen politischer Gewalt am Beispiel des Terrorismus siehe: Jochen Hippler, Die Quellen des Terrorismus - Hinweise zu Ursachen, Rekrutierungsbedingungen und Wirksamkeit politischer Gewalt in: Friedensgutachten 2002, hrsg. von Reinhard Mutz, Bruno Schoch, Ulrich Rasch, Christoph Weller, für das Institut für Friedenspolitik und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (ISFH), die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Bonn International Center for Conversion (BICC) und Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Juni 2002; auch unter: <http://www.jochen-hippler.de/Aufsätze/Terrorismus-Quellen/terrorismus-quellen.html>

Völlig anders gelagert ist der grenzüberschreitende Terrorismus – früher der säkulare Terror etwa durch Abu Nidal (Anschläge z.B. auch in Europa), heute vor allem der Terror des Netzwerkes um Al-Qaida.

Die Mittel, Methoden, das Niveau der Vorbereitung und die Ziele unterscheiden sich bei diesen beiden Formen, wie auch oft der Grad an Organisiertheit oder Spontaneität, aber sie speisen sich doch aus ähnlichen Quellen, die nur unterschiedlich verarbeitet werden:

- Unsicherheit, Unterdrückung, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung in den eigenen Gesellschaften. Dabei sind die Kader, Organisatoren und Täter in der Regel nicht am stärksten betroffen, sondern eher privilegiert, aber ohne diese Voraussetzung würde ihnen das nötige politische Umfeld fehlen;
- Regionalkrisen mit Symbolwert, also etwa Palästina oder Kaschmir. Solche regionalen Konfliktherde bringen nicht allein legitimen Widerstand, sondern auch (meist lokalen) Terrorismus hervor, sie sind wichtige Identifikations- und Mobilisierungsfaktoren externer Terroristen, etwa yemenitischer oder saudi-arabischer;
- die globale Wahrnehmung von Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Benachteiligung, in diesem Fall eine Hassliebe dem Westen (insbesondere den USA) gegenüber, den man einerseits bewundert (Reichtum, Technik, Konsummuster), von dem man sich aber zugleich zurückgestoßen und beherrscht fühlt.

Wie mit dem Terror umgehen?

Ein kurzfristiger Umgang mit Terrorismus kann diese Faktoren nicht erreichen und darf deshalb polizeiliche und juristische Maßnahmen nicht unterschätzen – die Täter müssen unabhängig von den politischen Gewaltursachen an Anschlägen gehindert, sie müssen identifiziert, festgenommen und abgeurteilt werden. Wenn aber die Gewaltursachen nicht zugleich mittel- und längerfristig behoben werden, muss eine solche rein repressive Behandlung des Terrorismusproblems scheitern: Je mehr Köpfe der Hydra des Terrorismus abgeschlagen werden, um so mehr würden nachwachsen, wenn man die Gründe des Nachwachsens nicht beseitigt. Deshalb ist langfristig entscheidend, den Menschen in fragilen Ländern der Dritten Welt allgemein und der muslimischen Länder im Besonderen in ihren Ländern eine positive Perspektive zu bieten. Die Aussicht auf wirtschaftliche Entwicklung und ein menschenwürdiges Leben in Würde wäre das beste und mittelfristig wirksamste Anti-Terror-Programm. Darüber hinaus wird eine Überwindung der politischen Gewalt ohne eine einigermaßen befriedigende Lösung der symbolkräftigen Regionalkrisen nicht gelingen. Solange beispielsweise der

Palästinakonflikt nicht gelöst wird (und das setzt ein Ende der Besatzung notwendig voraus), ist die Gewalt im Nahen Osten nicht zu beenden. Und schließlich wäre es dringend zu wünschen, dass der Westen allgemein und Washington insbesondere endlich zu einem Verhältnis zur Dritten Welt und den muslimischen Ländern gelangen würden, das nicht primär vom Interesse an Ressourcen und Vorherrschaft geprägt wäre, sondern zu einer glaubwürdigen Partnerschaft umgestaltet würde. Die Unterstützung lokaler Diktaturen – solange sie dem Westen nutzen – und die Drohung mit Krieg, wenn sie ihren Nutzen für den Westen verloren haben, lässt den Westen doppelt abstoßend erscheinen: Er ist wichtige Stütze lokaler Unterdrückung in den eigenen Gesellschaften und militärische Bedrohung von außen. Auch eine solche Wahrnehmung erzeugt Widerstand.

„Frieden schaffen heißt vor allem: Krieg nicht mehr als *Ultima ratio* anerkennen. Die Hauptarbeit liegt VOR dem Krieg. Wir brauchen, statt allgemeiner Wehrpflicht, einen allgemeinen Friedens- und Mediationsdienst. Um den notwendigen Bewusstseinswandel zu beschleunigen, brauchen wir Gesetze und Rahmenbedingungen, die den Gegensatz zwischen ökonomischer und ökologischer Rationalität mildern. Insbesondere dafür sollte sich auch Greenpeace einsetzen.“
Prof. Hans Peter Dürr, Direktor MPI für Astrophysik, München, ehemals Greenpeace Vorstandssprecher (Gespräch und schriftlicher Beitrag)

Von der Notwendigkeit der Konfliktprävention wurde in den vergangenen Jahren gern und oft gesprochen – passiert ist bisher sehr wenig, was über symbolische Maßnahmen hinausgeht. Solange die westliche Politik auf überzeugende Initiativen zur Lösung etwa des Palästinakonflikt verzichtet, sich kaum um die Verbesserung der globalen Verteilungsgerechtigkeit und Entwicklungschancen in den Ländern des Süden kümmert, sich zu häufig auf die Seite lokaler Diktatoren gegen ihre eigene Bevölkerung stellt (Saudi Arabien ist eine besonders widerliche Diktatur, und gerade zu Zeiten des „Anti-Terror-Krieges“ werden hilfreiche Diktatoren wieder verstärkt hofiert, nicht nur in Ländern wie Usbekistan) und globale Probleme zunehmend durch militärische Mittel in den Griff bekommen möchte – so lange kann von Konfliktprävention nicht ernsthaft die Rede sein. Im Gegenteil, durch solche Politik wird noch zusätzlich Öl ins Feuer gegossen. Der geplante Irak-Krieg ist ein wichtiges Beispiel dafür.

UNO und internationales System.

Eine weitere Gefahr der aktuellen Politik der Bush-Administration besteht darin, dass viele in den letzten Jahrzehnten mühsam erarbeiteten Mechanismen internationaler Konfliktregelung durch die neue „Politik der Stärke“ und militärischen Überlegenheit untergraben oder zum

Scheitern gebracht werden. Das gilt einerseits für die UNO, die seit dem Scheitern der Somalia-Intervention insbesondere durch Washington (und in etwas geringerem Maße London) abwechselnd ignoriert und instrumentalisiert wird. Statt die dringend erforderliche UNO-Reform zur Demokratisierung und Stärkung der UNO in die Wege zu leiten, wird die Weltorganisation entweder durch Druck und Einschüchterung zum Instrument von

„Die Rolle der UNO in der letzten Zeit ist sehr problematisch, weil das Heft des Handelns den fünf Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates überlassen blieb. So wurde international ein Recht der Fünf-Staaten-Diktatur etabliert.

Indem man darüber hinaus einem einzelnen Land (den USA) die Wahrnehmung der Rechte der internationalen Gemeinschaft überlässt, nimmt man in Kauf, dass damit auch die Wahrnehmung deren Partikularinteressen verbunden ist. Mit der Akzeptanz des Vorpreschens und der "Selbstverteidigung" eines Einzelnen hat das Bewusstsein von der mühsamen, aber langfristigen Notwendigkeit des Dialogs und der friedlichen Konfliktbereinigung einen schweren, nicht wiedergutzumachenden Rückschlag erlitten.“

Dr. Gerhard Beestermüller, Direktor des Instituts für Theologie und Frieden, IThF, in Barsbüttel, im Gespräch mit Greenpeace

Großmachtpolitik, oder – wenn dies misslingt – an den Rand gedrängt. Schon beim Golfkrieg von 1991 musste der UNO-Generalsekretär vom Kriegsbeginn durch den Fernsehsender CNN erfahren. Das lange Tauziehen um die UNO-Resolution 1441 zur Entsendung neuer Inspektoren in den Irak resultierte vor allen Dingen daraus, dass Washington und London die Resolution zugleich als Blankoscheck zur Kriegführung gegen Bagdad formuliert wissen wollten. Wenn die UNO, bzw. der UNO-Sicherheitsrat, einer solchen Politik der US-Administration nicht zustimmen möchte, wird ihm häufig „Handlungsunfähigkeit“ vorgeworfen und damit zugleich ein unilaterales Handeln an der UNO vorbei gerechtfertigt. So schwächt man die Glaubwürdigkeit und Wirkungsmöglichkeit der Vereinten Nationen und damit zugleich ein entscheidendes Mittel, internationale Konflikte im politischen Konsens zu lösen.

„Die USA stellen sich mit diesem „Krieg“ auf eine Ebene mit den Taliban. Sie haben das Denken der Täter übernommen. Das ist ein Abschied vom völkerrechtlichen Kriegsbegriff und ein Abschied von den Regeln des Roten Kreuzes, der Genfer Konvention.“

(Freimut Duve, im Gespräch mit Greenpeace)

Schwächung des Völkerrechts.

Zweitens aber ist auch die gefährliche Tendenz zu beobachten, das Völkerrecht ebenso instrumentell zu behandeln: Wo es der Großmachtpolitik dienen kann und Argumente liefert,

wird es laut und eindrucksvoll beschworen. Wo es aber die eigene Handlungsfreiheit begrenzt, wird es als lästig betrachtet und ignoriert. Das an sich legitime und im Völkerrecht verankerte Recht auf Selbstverteidigung wird beispielsweise einseitig so zurechtmanipuliert, dass es nunmehr auch für Angriffe gelten soll, die bereits Monate zurück liegen und gegen Gegner geführt werden, die diese Angriffe anerkanntermaßen gar nicht unternommen haben (Sturz der Taliban nach dem 11. September 2001). Auch sogar vorbeugend sollen Angriffe geführt werden: Eine „präventive Selbstverteidigung“ ist aber im Völkerrecht nicht vorgesehen und von einem echten „Angriff“ kaum zu unterscheiden. Die von Präsident Bush vorgelegte neue Militärstrategie der USA¹⁷ stellt genau dieses Konzept in den Mittelpunkt: Sie formuliert die Absicht, sich schon dann zu „verteidigen“, wenn man noch gar nicht angegriffen wird und einen solchen Angriff auch gar nicht belegen kann. So wird der Schritt von der legitimen Verteidigung zum Angriffskrieg gerechtfertigt. Eine Rechtsauffassung, nach der Bagdad heute zweifellos das „Recht“ besäße, die USA gewaltsam anzugreifen. Wer so leichtfertig mit dem Völkerrecht spielt, untergräbt einen zentralen Mechanismus internationaler Konfliktregelung und Kriegsverhinderung und will das internationale System nach dem Recht des Stärkeren organisieren. Genau das aber war der berechtigte Vorwurf gegen den Irak, als er den Iran und Kuwait überfiel.

„Der vatikanische „Außenminister“ Kardinalstaatssekretär Jean-Louis Tauran, sprach jedem Land das Recht ab, einseitig und ohne Absprache mit den Vereinten Nationen zu den Waffen zu greifen. „Wenn das so wäre, würde das ganze System internationaler Regelungen zusammenbrechen. Es bestünde die Gefahr, dass das Gesetz des Dschungels herrscht.““
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.12.2002, S. 5

Die Gründe gegen einen Irak-Krieg.

Die US-Politik gegenüber dem Irak zielt auf Krieg. Eine ganze Reihe von Gründen sprechen dafür, dieser Kriegspolitik entgegenzutreten:

- Ein Krieg ohne Mandat durch die UNO wäre völkerrechtswidrig, er wäre eine Aggression, die weder vom Recht auf Selbstverteidigung noch sonst wie gedeckt wäre,

¹⁷ The President of the United States of America, National Security Strategy of the United States of America, Washington, The White House, September 2002

wie auch der gewaltsame Sturz einer Regierung durch eine andere dem Völkerrecht widerspricht.

- Die US-Politik eines Krieges gegen den Irak erfolgt im Zusammenhang mit der neuen US-Strategie präventiver, also „vorbeugender“ Kriegführung. Ein solches Prinzip trägt das Gesetz des Dschungels noch stärker in die internationalen Beziehungen und erschwert auf Dauer friedliche Konfliktlösungen in anderen Krisen.
- Im Kontext der Kriegsvorbereitung hat die Bush-Administration die UNO und die UNO-Inspektoren im Irak massiv und bis an den Rand offener Erpressung unter Druck gesetzt. Die UNO ist eine historisch bedeutsame zivilisatorische Errungenschaft, die eine Chance bietet, Gewaltkonflikte zu vermeiden oder sie friedlich beizulegen. Sie durch Druck, Einschüchterung und Manipulation zu einem Instrument unilateraler Großmachtspolitik herabzuwürdigen, beschädigt und schwächt sie dauerhaft.
- Die Politik der Bush-Administration zielt vor allem auf die Durchsetzung der eigenen Vorherrschaft in der ölreichen Golfregion. Durch die Kontrolle des Irak soll eine „neue Dynamik“ der eigenen Dominanz am Golf in Gang gesetzt werden, für die der Irak-Krieg den ersten, entscheidenden Schachzug darstellt. Dies liegt weder im Interesse der Menschen der Region, noch Europas.
- Das Hauptziel der Politik, der Sturz der irakischen Regierung, kollidiert mit den anderen proklamierten Politikzielen der Bush-Administration – vor allem dem Ziel der Nicht-Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Wenn man trotz der Kooperation Bagdads mit den UN-Inspektoren immer wieder mit Krieg droht und den Sturz der Regierung proklamiert, vermindert man jeden Anreiz für irakisches Entgegenkommen. Eine Beseitigung der ABC-Waffen im Nahen und Mittleren Osten kann nur regional gelingen. Solange Israel über Atomwaffen und ein halbes Dutzend anderer Länder über B- oder C-Waffen verfügen, ist die gewaltsame Entwaffnung eines einzelnen Landes absurd und auf Dauer aussichtslos.
- Ein Krieg würde die Region um den Persisch-Arabischen Golf wahrscheinlich auf Dauer destabilisieren und die Entwicklungen im Iran, Syrien, Palästina, Jordanien, Saudi Arabien, aber auch der Türkei, Ägypten und anderen Ländern weiter komplizieren. In der ohnehin sensiblen und konflikträchtigen Region ist aber die Schaffung von Stabilität vordringlich, unnötige Risiken sind gefährlich.

- Ein Krieg gegen den Irak würde die Gefahr heraufbeschwören, anti-amerikanische und anti-westliche Gefühle in muslimischen Ländern massiv zu verstärken und das Potential muslimischen Terrorismus zu erhöhen. Er würde mit gewisser Sicherheit auch die Anti-Terror-Koalition mit den muslimischen Ländern schwächen, deren Regierungen verstärkt unter innenpolitischen Druck geraten und sich von Washington distanzieren müssten. Der Krieg würde auch allen Anstrengungen der letzten Jahre, einen Dialog der Kulturen an die Stelle der Konfrontation zu setzen, einen schweren Rückschlag versetzen.
- Ein Krieg der Bush-Administration gegen den Irak würde in der Region nicht allein den ohnehin bestehenden Eindruck verstärken, „der Westen“ bzw. die USA zielten im Umgang mit Muslimen nicht auf Zusammenarbeit, sondern auf Beherrschung. Er würde auch erneut den berechtigten Verdacht unterstreichen, dass der Westen mit doppelten Maßstäben misst: Wenn es ihm passt, werden Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts ignoriert oder gar unterstützt (Israel in den besetzten Gebieten, die Türkei in Nordzypern, die Unterstützung arabischer Diktatoren durch den Westen in vielen Ländern). Bei Bedarf aber würden Menschenrechte, Demokratie, Völkerrecht und UNO-Beschlüsse so ernst genommen, dass sie Krieg rechtfertigen. So leidet nicht allein die Glaubwürdigkeit westlicher Politik. Auch den Menschenrechten und dem Völkerrecht wird ein schwerer Glaubwürdigkeitsverlust zugefügt.
- Den Krieg militärisch zu gewinnen, dürfte für Washington relativ leicht sein, da das irakische Regime militärisch schwach und innenpolitisch überwiegend unbeliebt und verhasst ist. Es ist allerdings völlig unklar, wer den Irak danach regieren soll: ein putschender General, eine völlig zersplitterte und verfeindete Koalition aller Oppositionsgruppen – oder ein US-General? Alle drei Optionen eröffnen Gefahren und die Aussicht auf instabile Verhältnisse. Einen Krieg zu beginnen, ohne eine tragfähige, dauerhafte Friedenslösung für die Zeit danach zu kennen, ist nicht nur falsch, sondern gefährlich.

Insgesamt entspringt der Krieg einer radikal unilateralistischen Politik globaler Dominanz durch die Bush-Administration, die mit multilateralen Mitteln nur spielt, wenn diese taktisch instrumentalisiert werden können. Die Folgen dürften schwerste humanitäre Auswirkungen sein. Die Region würde zugleich destabilisiert und der US-Politik stärker unterworfen. Die

anderen externen Mächte (EU, Japan, Russland, China, Dritte Welt) in der Weltpolitik würden weiter im Vergleich zu den USA geschwächt.

Fazit.

Die gegenwärtige Politik vernachlässigt die Bekämpfung der Krisen- und Konfliktursachen. Sie konzentriert sich auf militärische Mittel, die die Konflikte – bei kurzfristiger möglicher Beruhigung – langfristig noch anheizen. Diese Politik spielt mit humanitären Argumenten wenn immer nützlich, betrachtet aber Kriegstote oft als „Kollateralschäden“, ökologische Risiken und Katastrophen als nebensächlich. Sie misst mit doppelten Maßstäben und ist deshalb unglaublich. Die aktuelle Politik lässt sich vom eigenen Dominanzstreben leiten und ordnet dem alle anderen Erwägungen unter. Sie instrumentalisiert und entwertet Völkerrecht und UNO, und missbraucht die Argumente eines Kampfes gegen den Terrorismus und gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu anderen Zwecken. Sie ist daher insgesamt nicht nur falsch, sondern ebenso gefährlich wie die Übel, gegen die sie sich zu richten vorgibt.